

NDR: Flüchtlingswesen

Jobmotor



Eines der

Standard“argumente“ für mehr Flüchtlinge ist, dass durch sie die Wirtschaft in Gang kommt. Die NDR-Sendung „Hallo Niedersachsen“ wartete heute Abend mit einer ganzen Palette wundervoller Wirtschaftsimpulse auf, die wir alle und ganz allein den „Flüchtlingsen“ zu verdanken haben sollen. Bevor die angeführten Beispiele für den ökonomischen Unsinn und staatlich verordnete Volksverdummung im einzelnen genannt werden, soll hier eine wichtige Erkenntnis vorweggeschickt werden, die den vom NDR verzapften Unsinn widerlegen kann. Es handelt sich um die „Parabel vom zerbrochenen Fenster“ des französischen Ökonomen Frédéric Bastiat, erschienen erstmals 1850.

Wikipedia liefert eine nützliche Zusammenfassung:

Der Sohn von Hans Biedermann zertrümmert eine Fensterscheibe. Der Vater ist wütend, da er sechs Francs bezahlen muss, um

die Scheibe zu ersetzen. Hans wird jedoch von Anwesenden damit getröstet, dass die Zerstörung dem Glaser nutzen würde, der die sechs Francs erhalten wird. Die Volksweisheit sagt „Was würde aus den Glasern, wenn man niemals Scheiben zerschläge?“.

Deutung:

Bastiat stimmt zu, dass dem Glaser die sechs Francs zugutekommen. Dies sei das, was man sieht. Bastiat betont, dass man dabei nicht vergessen dürfe, dass Hans Biedermann die sechs Francs stattdessen für neue Schuhe hätte ausgeben können.

Der Schuster, dem die sechs Francs damit nun nicht mehr zufließen, sei das, was man nicht sieht, ebenso wie der Nutzen neuer Schuhe, der Hans entgeht, da er die Scheibe ersetzen muss.

Soweit die Parabel von Bastiat. Nun sollen hier nicht durch „Migranten“ zerschlagene Scheiben thematisiert werden, die es durchaus geben mag. Sie sind eher noch die Ausnahme und vermutlich übertreffen unsere eigenen Affenhorden der Antifa die „Migranten“ da noch bei weitem. Das ist nicht das Problem.

Der NDR behauptet in „Hallo Niedersachsen“ (ab min 14:10), Migranten seien Jobmotor, weil sie essen und deswegen Nahrung brauchen, sie seien Jobmotor, weil sie ärztliche Hilfe brauchen. Außerdem sind sie Jobmotor, weil sie nicht Deutsch sprechen und deswegen ein Dolmetscher aktiv werden muss. Daneben wird ein Lagerverwalter und Küchenchef vorgestellt, den man braucht, weil die Ausgabe von Essen an „Flüchtlinge“ erledigt werden muss. „Karriere“ konnte er machen, dank der Flüchtlinge.

Nach dieser Logik müssten wirtschaftlich schwache Länder wie etwa Griechenland nur ihr Staatsgebiet bis zum Rande mit Migranten füllen, um in die wirtschaftliche Prosperität

katapultiert zu werden. Warum tun sie's nicht?

Weil sie die Esser, die ihr Brot und ihr Fleisch haben wollen, selber bezahlen müssen. Weil der griechische Kneipenwirt, der vermehrt Kaffee an untätige, arbeitslose junge Syrer ausschenken würde, diesen selbst bezahlen müsste, über die Steuer. Die Bewirtung untätiger Gäste lohnt sich nur, wenn diese Geld mitbringen und wieder verschwinden, wenn es ausgegeben wurde, also bei Touristen.

In Deutschland werden wir selbst das zusätzliche Essen bezahlen müssen, auch die gigantischen auf uns zukommenden Zusatzkosten in der Krankenversicherung, die Kosten für Unterbringung, für Kleidung, für gute Schuhe, Handys, Smartphones usw. usf.

Solange die „Migranten“ keine Werte produzieren und Steuern zahlen, ist das ein Minusgeschäft für die einheimische Bevölkerung, die den ganzen zusätzlichen Konsum irgendwie über (erhöhte!) Steuern wird finanzieren müssen. Entweder über anstehende Steuererhöhungen. Oder, wenn diese nicht kommen, durch Verzicht auf andere sinnvolle Ausgaben, die man mit diesem Geld hätte bezahlen können. Sie sind das, was man nicht sieht in der klugen und einfachen Theorie von Bastiat.

Und das ist dann nicht nicht nur ein Kino- oder Restaurantbesuch weniger. Wir haben uns hier andere Dimensionen aufgeladen. Es sind die Brücken, Kanalschleusen oder Straßen, Schulen und Kindergärten, die in der Folge nicht renoviert werden. Sie werden schneller dem Verfall preisgegeben und damit eine weitere Zerstörung unserer Infrastruktur und unserer Leistungsfähigkeit in Kauf genommen. Und wenn all diese Ausgaben trotzdem möglich bleiben sollten, die Gelder dafür trotzdem locker gemacht werden, dann allerdings um den Preis, dass unsere Kinder und Enkel später noch einmal viel mehr Steuern werden zahlen müssen.

Wir könnten nach dieser Logik des NDR dann im Grunde genauso

tätigte NRW-Innenminister Ralf Jäger (Foto) jammernd gegenüber dem Bonner General-Anzeiger am 1. Februar auf Seite 1 und fügte hinzu: „Rechtsextremisten, Hooligans und Rocker wollen uns vorgaukeln, dass sie für Recht und Ordnung sorgen können. Dabei versuchen sie bloß, die Gruppen für sich zu instrumentalisieren.“

(Von Verena B., Bonn)

Nach dem rassistischen Pogrom der muslimischen Taharrush-Sexualstraftäter, die sich als „Antänzer“ tarnten (Taharrush = islamisches Entwürdigen, Antatschen, Belästigen und Vergewaltigen von Frauen in der Öffentlichkeit) aus islamischen Ländern und Nordafrika in der Silvesternacht in Köln, wachen nun so langsam auch die linksextreme Antifa, Schläger und Multikultis erschrocken auf. In den sozialen Netzwerken haben sich inzwischen Dutzende Gruppen von „Hobby-Sheriffs“ gebildet wie „Sicheres Bielefeld“, oder „Soester Bürgerwehr.“ Das macht den NRW-Innenminister Ralf Jäger („In NRW gibt es keine No-Go-Areas“!) extrem wütend.

Wenn der Staat nicht mehr für Recht und Ordnung sorgen kann (oder will), müssen die Bürger eben selbst aktiv werden. In NRW sind bisher zehn Gründungen von Bürgerwehren bekannt, unter anderem in Köln, Düsseldorf, Bielefeld und Dortmund. Der Chef des NRW-Verfassungsschutzes, Burkhard Freier, „blickt mit Sorge auf die erkennbare Strategie, dass sie von Rechten genutzt werde.“ Jäger stellte klar, dass die Polizei einschreite, wenn Bürgerwehren auf der Straße auftauchen. „Selbstjustiz lassen wir nicht zu.“

Noch ist die Zahl der Beitritte im Netz allerdings weit größer als die Zahl der Hobby-Polizisten auf Straßen. Zwar hat die landesweit größte Bürgerwehr „Einer für alle, alle für einen“ in Düsseldorf nominell mehr als 14.000 Mitglieder. Zum ersten Rundgang kamen aber gerade einmal 50 Teilnehmer. Offiziell distanzierten sich die Gruppen meist von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Laut Verfassungsschutz würden aber oft

Logos mit rechtsextremen Parolen genutzt oder es melden sich rechte Funktionäre zu Veranstaltungen an. Streifengänge werden – wie in Köln – mit „Notwehr“ oder „Selbsthilfe“ begründet.

„Durch ihr anmaßendes Auftreten und Handlungen, die die Selbstschutzrechte überschreiten, durch Bekleidung, die einer Uniform ähnlich ist, verunsichern Bürgerwehren die Bevölkerung“, sagte Jäger, „Bürgerwehren behindern die Arbeit der Polizei [die oft aber leider nicht da ist, wenn man sie braucht] und helfen nicht.“ So hatten sich Ende Januar in der Bielefelder Altstadt 68 Hooligans versammelt. Ausgerüstet mit Sturmhauben, Messern (wie die frommen Korangläubigen, die nach Aufforderung ihres Meisters Pierre Vogel immer welche bei sich tragen sollen – nur zur Verteidigung natürlich), Bengalos, Fackeln, Böllern und Quarzhandschuhen wollte die Gruppierung als selbsternannte Bürgerwehr durch die Stadt patrouillieren. Die Polizei stoppte den Tross, beschlagnahmte die Waffen und verwies die Gruppe aus der Stadt. Die „Scharia-Polizei“ in Wuppertal und anderen Städten hatte es da besser: Sie wurden vor Gericht freigesprochen!

Der allseits bekannte linke Lohnschreiber Wilfried Goebels faselt in der Westfalenpost:

[...] Deren Struktur zieht Radikale, Kriminelle und Zukurzgekommene aber fast magnetisch an. Das muss jeder wissen, der sich einer solchen Gruppierung von Hobby-Sheriffs anschließt. Bisher handelt es sich bei Bürgerwehren nicht um ein Massenphänomen, noch ist die Aktivität der Anhänger im Netz ungleich höher als die Teilnahme an Streifgängen. Die extremen Töne bei Facebook aber müssen beunruhigen.

(Hier sei nur nebenbei an das schon lange bestehende Modell der „Nachtwanderer“ erinnert, die ohne Beanstandung in Bremen und anderen Orten wie Calmbach, Tübingen, Huchting, Stadtlohn, Nürtingen, Öhringen und Wendlingen zum Schutz der Bevölkerung in den Abendstunden „deeskalierend“ auf den Straßen

patrouillieren oder patrouillierten).

Fazit: Hätte ich als einfache Frau aus dem Volk (sogenanntes „Pack“) die Wahl, mich von einem linken Jäger-Polizisten oder einem rechten Hooligan-Sheriff beschützen zu lassen, sorry Herr Jäger: Ich entschiede mich für den rechten Hooligan! Ahu!

Lohmar: Syrer wirft Kinder aus dem Fenster



Im nordrhein-westfälischen Lohmar nahe Köln lieferte ein Deutschland kulturell bereichernder „Schutzsuchender“ am Montagnachmittag ein weiteres Schaustück der nun bei uns alltäglichen Barbarei. Der syrische Gast der Kanzlerin warf dort seine drei Kinder im Alter von einem, fünf und acht Jahren aus dem Fenster der ersten Etage einer Illegalenunterkunft.

Nach Angaben der Polizei war der 35-Jährige bereits Anfang Januar wegen häuslicher Gewalt angezeigt worden. Damals wurde er der Wohnung verwiesen, sein geprügeltes Eigentum, die Mutter seiner Kinder, nahm ihn aber schon Tage danach wieder auf. Nun wurde er wegen versuchten Mordes an seinen Kindern festgenommen. Das acht Jahre alte Mädchen und der fünfjährige Junge wurden schwer verletzt mit dem Rettungshubschrauber ins Spital gebracht, die Einjährige wurde nur leicht verletzt. Wie uns die Erfahrung lehrt, wird der Gewalttäter aber wohl einen mild urteilenden Richter finden, der dafür sorgen wird, dass er schon bald wieder daheim zeigen darf, wer der Herr im Haus ist! (lsg)

Video:

ZDF-Propaganda für Kids gegen AfD und Petry



Das deutsche Propagandaministerium, Fachbegriff „Freie Presse“, ist derzeit gut im Geschäft, gilt es doch eine nie dagewesene Aufgabe zu bewältigen. Immer weniger Menschen glauben den Lynch- und Lügenmedien. Das darf sich in der kommenden Generation nicht wiederholen. Darum gibt es die geballte Ladung „politische Bildung“ für Kinder.

ZDF-tivi, das Kinder- und Jugendprogramm des ZDF, gibt in einem Beitrag vor, dem Wählernachwuchs zu erklären, was der Verfassungsschutz sei und wie er arbeitet. Um das anschaulich darzustellen, braucht man ein „feindliches“ Objekt, einen zu beobachtenden „Staatsfeind“. Und dann wird regimetreu drauf los „gebildet“.

Kurz: Die Verfassung sagt, alle Menschen sind gleich und müssen respektiert werden. Die „Geheimagenten“ vom Verfassungsschutz schützen die Verfassung und beobachten Feinde der Verfassung. Die böse Frauke Petry von der AfD sagt, man soll auf Flüchtlinge schießen. Der gute Onkel Sigmar Gabriel von der SPD, findet, das sei verfassungsfeindlich und will sie deshalb vom Verfassungsschutz beobachten lassen.

Kinder, die sich darüber hinaus weiter „bilden“ lassen wollen, die bekommen noch den Hinweis auf ZDF-logo, wo die AfD vertiefend ~~verhettzt~~ erklärt wird. (lsg)

» E-Mail: tivi@zdf.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)

Migranten greifen Einwohner von Calais an



Seit vielen Monaten versuchen junge Migranten, von Calais aus auf wartende LKWs oder Fähren zu gelangen, um so illegal nach Großbritannien einreisen zu können. Aus dem Frust, wenn ihnen das wieder und wieder nicht gelingen will, greifen die aggressiven jungen Männer jetzt auch immer öfter Bewohner der Hafenstadt an. In Deutschland hört man kaum etwas von dieser gefährlichen Entwicklung, in den polnischen „unfreien“ Medien dagegen wird sie thematisiert.

Der Radiosender RMF 24 brachte es heute in seinen Nachrichten und hat die entsprechende Meldung auch auf seiner Internetseite eingestellt (Übersetzung von PI):

Bewaffnet mit Brecheisen und Messern haben Immigrantengruppen aus dem großen Lager „Neuer Dschungel“ in Calais begonnen, die dortigen Häuser der Einwohner anzugreifen, alarmieren lokale Verantwortliche. Die Flüchtlinge versuchen ins Innere der Gebäude zu gelangen. Daneben zerstören sie auf der Straße abgestellte Autos.

Der Bürgermeister der Ortschaft Marck in der Nähe von Calais

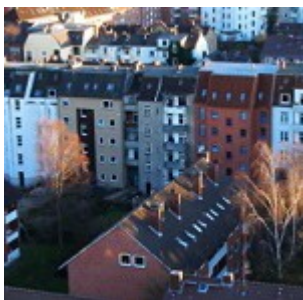
verlangt die dauerhafte Einsetzung von Sturmtruppen der Polizei sowie die Auflösung des Parkplatzes für LKW, auf denen die Immigranten versuchen, sich zu verstecken. Schon zum zweiten Male sind es Gruppen aggressiver Flüchtlinge, die, bewaffnet mit Brecheisen, Metallstangen und Messern, vom Parkplatz zurückkehren, und versuchten in die Häuser der Einwohner einzudringen. Menschen verbarrikadierten sich im Innern, schlossen die Fensterläden ab. Die Angreifer stießen Drohungen gegenüber den Bewohnern aus, die dort wohnen. Die herbeigerufenen Polizisten haben die Angreifer auseinander getrieben. Es wurde jedoch niemand verhaftet.

Die empörten Einwohner schlugen Alarm, dass die Einwanderer nicht bestraft werden und dass die Angriffe sich deshalb wiederholen können. Ordnungskräfte vermuten, dass die Flüchtlinge in die Häuser einzudringen versuchen, auf der Suche nach Lebensmitteln und Geld. Wenn sie vom LKW-Parkplatz zurückkehren, sind sie oft frustriert, dass es ihnen nicht gelungen ist, sich auf einem LKW zu verstecken, um illegal nach Großbritannien zu gelangen.

Früher war es einer Gruppe Flüchtlinge gelungen, auf das Gelände eines Kindergartens in Marck zu gelangen. Um solche Vorkommnisse zu verhindern, wurden um den Kindergarten, wo die Kinder sich aufhalten, und in der Nähe der benachbarten Schulen, neue Zäune im Wert von einer Million Euro errichtet. Die Polizisten unterstreichen, dass es ähnliche Probleme auch in den Vororten von Calais gibt und in einigen Ortschaften in der Gegend.

Wem die Phantasie fehlt, sich das vorzustellen, dem kann dieses Video eine erste leichte Vorstellung geben:

Kiel: Turkmene vergewaltigt Siebenjährige



Ein 30-Jähriger soll

in Kiel ein siebenjähriges Mädchen verschleppt und sexuell schwer missbraucht haben. „Gegen den Mann wurde am Montag Haftbefehl erlassen“, so der Kieler Oberstaatsanwalt Axel Bieler mitteilte. Der Mann hatte das spielende Mädchen am Sonntag gegen 11 Uhr auf einem Schulhof im Stadtteil Gaarden angesprochen und mit in seine Wohnung gelockt. Dort habe er es missbraucht. Anschließend soll er sein Opfer freigelassen haben. Das Mädchen vertraute sich seiner Mutter an, die daraufhin sofort die Polizei verständigte. Bei der Befragung konnte die Schülerin weiterführende Angaben zum Tatort machen. Die Ermittlungen der Beamten führten schnell zu den 30-Jährigen, sagte Bieler. Bei dem Mann soll es sich laut der Staatsanwaltschaft Kiel um einen Deutschen turkmenischer Abstammung handeln. *(Quelle: Focus)*

Kölner Ratssitzung zu Silvestervorfällen



Heute ab 15.30 Uhr

findet im Kölner Stadtrat die erste Sitzung nach den Silvestervorfällen auf der Domplatte statt. Gleich zu Anfang dürfte es mit dem Tagesordnungspunkt 1.1 (Antrag der Oberbürgermeisterin auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Zukünftige Zusammenarbeit zwischen Polizei und Stadt“) interessant werden, aber auch die TOP 3.1.2 (Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Aufnahmestopp – „Köln zieht die Notbremse“) und 3.1.3 (Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Belegung von Schulturnhallen mit Asylbewerbern umgehend beenden!“) versprechen hitzige Debatten. Sprechen werden unter anderem die Oberbürgermeisterin Henriette „eine Armlänge“ Reker, Markus Wiener und Judith Wolter (beide Pro Köln). Hier der Link zur Liveübertragung im Internet! Achtung: Die Videos der Sitzung können im Nachhinein nicht mehr abgerufen werden.

Video: Rede von Serge Menga bei Pegida NRW



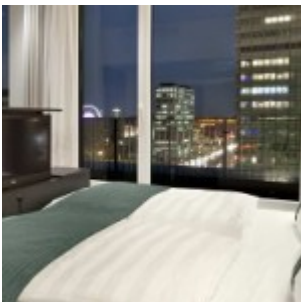
Serge Nathan Dash Menga, der im Kongo geboren wurde und seit 1987 in Deutschland lebt, hat nach den sexuellen Übergriffen von Migranten auf Frauen in der Kölner Silvesternacht eine „Wutrede“ auf seine Facebook-Seite gestellt, die inzwischen mehr als fünf Millionen Mal aufgerufen wurde. Darin fordert er kriminell gewordene Zuwanderer auf, in ihre Heimat zurückzukehren. Es folgten Treffen mit dem Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen und eine persönliche Einladung vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Gestern nun sprach er überraschend auf der Pegida NRW-Kundgebung in Duisburg, die mit 700 Teilnehmern wieder gut besucht war. Reinhören lohnt sich! *(Hier alle Reden im Video und hier der Spaziergang)*

Migranten attackieren in Münchner U-Bahn zwei Rentner,

die Frau verteidigen wollten

Ein 33-sekündiges verwackeltes Handy-Video aus der Münchner U-Bahn hat es mittlerweile bis in die britische Daily Mail geschafft. Es zeigt, wie junge ausländische Männer auf zwei deutsche Rentner in der U-Bahn einprügeln, weil diese sich beschützend vor eine junge Frau gestellt hatten, die von den vier arabsich aussehenden Männern belästigt wurde. (*Die Münchner Abendzeitung hat die ganze Story*)

Berlin: „Flüchtlinge“ bald im Holiday Inn?



Der Berliner Senat verhandelt mit einer Hotelkette über die längerfristige Anmietung von 10.000 Hotelplätzen für Flüchtlinge. Es geht um 22 Hotels der Gesellschaft Grand City Hotels (GCH). Für die GCH verhandelt die in London ansässige Hampton Holding Ltd.

Nach Informationen der F.A.Z. verlangt der Anbieter je Platz und Nacht eine Miete von 50 Euro, also etwa 1500 Euro im Monat und 18.000 Euro jährlich. Auch ein „All inclusive“-Programm für die Betreuung und Integration werde angeboten. Bei den Hotels handelt es sich zum Teil um Betriebe unter dem Namen Holiday Inn oder Wyndham. (Siehe FAZ! In diesem Fall würde dann für Asylanten deutsches Steuergeld ins Ausland transferiert! Foto: Holiday Inn am Berliner Alexanderplatz)

Weimer: Grundgesetz-Ausgabe für Politiker



[...] Besonders ärgerlich wird die Lage, wenn der normale, deutsche Bürger seinen Staat ansonsten ganz anders erlebt, der ihn nämlich mit 33.000 Steuerparagrafen bis ins letzte Komma seiner Steuererklärung piesackt, der brave Mütter auf Ausfallstraßen hinter Büschen blitzt und stundenkilometergenau abkassiert, der mit Verwaltungsvorschriften und einer Mega-Bürokratie jedem Handwerker das überbordende Recht zum Knebel werden lässt.

Bei dem eine KassiererIn wegen eines einbehaltenen Pfandbonus

von 1,30 Euro ihren Job verliert, der als Bevormundungs-Supernanny mit Verboten, Quoten und Geboten nur so um sich wirft. Wenn genau derselbe Staat aber auf der anderen Seite jeden Rechtsbruch bis hin zur offenen Straßenkriminalität achselzuckend billigt und mit zweierlei Maß misst – dann möchte man nicht nur den Flüchtlingen einmal eine Ausgabe des Grundgesetzes zustecken, sondern auch unserer Politik in Berlin. Vor allem Paragraf 3 Grundgesetz ist lesenswert. Beachtenswert sogar. *(Schlussteil eines lesenswerten Artikels von Wolfram Weimer im Handelsblatt)*